

Reppert

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg. Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Jährlich 150 Nummern. Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 5. Dezember 1908.

Anzeigen im „Reppert.“ Kosten: die viergespaltene Nonpareillezeile 25 Pfennig; Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 141.

Bekanntmachung.

Die Gauvorsteherkonferenz in Berlin hat in ihrer Sitzung am 20. November bezüglich der Inseratenpreise folgendes beschlossen:

Ab 1. Januar 1909 kosten Stellengesuche und -angebote, Versammlungs-, Vergnügungs-, Todes- und sonstige Anzeigen kollegialer Kultur 15 Pf. pro viergespaltene Nonpareillezeile, und ist jeder Rabatt ausgeschlossen. Alle übrigen Anzeigen: Kauf-, Verkaufs- und sonstige Inserate kosten 50 Pf. pro viergespaltene Nonpareillezeile. Bei Öffentleinchungen kommen die bis jetzt beizulegenden Marken zur Weiterbeförderung in Wegfall.

Als Beilagegebühr werden für 1000 Stück gefaszt (Größe 27:18 cm) 9 M., ungefaszt 10 M. erhoben.

Den Mitgliedschaften oder Druckereivertrauensmännern, die den „Reppert.“ in Päfeten oder unter Kreuzband direkt bezogen, wurde aus Zweckmäßigkeitgründen anheimgegeben, vom 1. Januar 1909 ab ebenfalls zum Postabonnement überzugehen.

Mit diesen Maßnahmen glauben wir auch den bezüglichen Anregungen der Kölner Generalversammlung Rechnung getragen zu haben.

Berlin.

Der Verlag.

Zeit- und Streitfragen des Bürgerlichen Rechts.

Die Verjährungsfristen.

Zum Schlusse des Jahres werden die Verjährungsfristen vielfach ventiliert, weshalb es sich lohnen dürfte, auch an dieser Stelle etwas näher darauf einzugehen. Nach dem § 195 des Bürgerlichen Gesetzbuchs beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist dreißig Jahre. Für Geschäfte des täglichen Lebens sieht das Gesetz jedoch eine kürzere Verjährungsfrist vor, und somit verjährt nach § 196 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in zwei Jahren die Ansprüche

1. der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und denjenigen, welche ein Kunstgewerbe betreiben, für Lieferung von Waren, Ausführung von Arbeiten und Bejorgung fremder Geschäfte, mit Einschluß der Anzeigen, es sei denn, daß die Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners erfolgt (im lehtern Falle tritt Verjährung erst nach vier Jahren ein);
2. denjenigen, welche Land- und Forstwirtschaft betreiben, für Lieferung von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen, sofern die Lieferung zur Verwendung im Haushalte des Schuldners erfolgt (wurde die Lieferung nicht für den Haushalt des Schuldners bestimmt, so tritt auch hier Verjährung nach vier Jahren ein);
3. der Eisenbahnunternehmungen, Frachtführleute sowie Schiffer, Bahnkutscher und Boten wegen des Fahrgehrs, der Fracht, des Fuhr- und Botenlohns, mit Einschluß der Anzeigen;
4. der Gastwirte und denjenigen, welche Speisen oder Getränke gewerbsmäßig verabreichen, für Gewährung von Wohnung und Bedürftigung sowie für andre den Gästen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gewährte Leistungen, mit Einschluß der Anzeigen;
5. denjenigen, welche Botterielose vertrieben, aus dem Betriebe der Post, es sei denn, daß die Post zum Weitervertrieb geliefert werden (in lehtern Falle würde dann ebenfalls vierjährige Verjährung Platz greifen);
6. denjenigen, welche bewegliche Sachen gewerbsmäßig vermieten, wegen des Mietzinses;
7. denjenigen, welche, ohne zu den in Nr. 1 bezeichneten Personen zu gehören, die Bejorgung fremder Geschäfte oder die Leistung von Dienstleistungen gewerbsmäßig betreiben, wegen der ihnen aus dem Gewerbebetrieb entstehenden Vergütungen; mit Einschluß der Anzeigen;
8. denjenigen, welche im Privatdienste stehen, wegen des Gehalts, Lohns oder anderer Dienstbezüge, mit

- Einschluß der Anzeigen, sowie der Dienstberechtigten wegen der auf solche Ansprüche gewährten Vorschüsse; 9. der gewerbl. Arbeiter — Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter —, der Tagelöhner und Handarbeiter wegen des Lohns und anderer an Stelle oder als Teil des Lohns vereinbarter Leistungen, mit Einschluß der Anzeigen, sowie der Arbeiter wegen der auf solche Ansprüche gewährten Vorschüsse; 10. der Lehrherren und Lehrmeister wegen des Lehrgehrs und anderer im Lehrvertrage vereinbarter Leistungen sowie wegen der für die Lehrlinge bestrittenen Anzeigen; 11. der öffentlichen Instanzen, welche dem Unterricht, der Erziehung, Verpflegung oder Heilung dienen, sowie der Inhaber von Privatanstalten solcher Art für Gewährung von Unterricht, Verpflegung oder Heilung und für die damit zusammenhängenden Aufwendungen; 12. derjenigen, welche Personen zur Verpflegung oder zur Erziehung aufzunehmen, für Leistungen und Aufwendungen der in Nr. 11 bezeichneten Art; 13. der öffentlichen Lehrer und der Privatlehrer wegen ihrer Honorare, die Ansprüche der öffentlichen Lehrer jedoch nicht, wenn sie auf Grund besonderer Einrichtungen gefundet sind; 14. der Arzte, insbesondere auch der Wundärzte, Geburtshelfer, Bahnärzte und Tierärzte sowie der Hebamme für ihre Dienstleistungen, mit Einschluß der Anzeigen; 15. der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher sowie aller Personen, die zur Bejorgung gewisser Geschäfte öffentlich bestellt oder zugelassen sind, wegen ihrer Gebühren und Anzeigen, soweit nicht diese zur Staatskasse fließen; 16. der Parteien wegen der ihren Rechtsanwälten geleisteten Vorschüsse; 17. der Zeugen und Sachverständigen wegen ihrer Gebühren und Anzeigen.

Soweit die vorstehend unter Nr. 1, 2, 5 bezeichneten Ansprüche nicht der Verjährung von zwei Jahren unterliegen, verjährt sie in vier Jahren. Dies trifft in der Hauptjache zu, wenn die Bestellungen nicht für den Haushalt, sondern für den Gewerbebetrieb, also zum Weiterverkaufen erfolgen. Weiter verjährt nun nach § 197 des B. G.-B. noch in vier Jahren die Ansprüche auf Rückstände von Ginen (mit Einschluß der als Zugablag zu den Ginen zum Zweck allmählicher Tilgung des Kapitals zu entrichtenden Beiträge), die Ansprüche auf Rückstände von Miet- und Pachtzinsen, soweit sie nicht unter die Vorschrift des § 196 Abs. 1 Nr. 6 fallen, und die Ansprüche auf Rückstände von Mieten, Auszugsleistungen, Besoldungen, Wartegeldern, Ruhegehalten, Unterhaltungsbeiträgen und allen andren regelmäßig wiederkehrenden Leistungen. Die Verjährung beginnt mit der Entstehung des Anspruchs. So beginnt z. B. die Verjährung des Anspruchs aus einem Schuldverhältnisse mit der Entstehung des Schuldverhältnisses ohne Rücksicht darauf, ob ein Verzug eingetreten war. Geht der Anspruch auf ein Unterlassen, so beginnt hier die Verjährung nicht mit der Entstehung des Anspruchs, sondern erst mit der Buntberhandlung. Ein solcher Anspruch würde vorliegen, wenn das Recht, ein Tun oder Unterlassen zu fordern, gegen eine bestimmte Person begründet ist. Hängt die Leistung von einer Kündigung oder einer vereinbarten Frist ab, so muß erst die Kündigung erfolgen resp. die Frist verstrichen sein, ehe die Leistung fällig wird. Die Verjährung beginnt niemals mit dem Tage, sondern stets mit dem Schluß des Jahres, in welchem das Schuldverhältnis u. v. entstand. Kann die Leistung erst nach dem Ablauf einer über diesen Zeitpunkt hinausreichenden Frist verlangt werden, so beginnt die Verjährung mit dem Schluß des Jahres, in welchem die Frist abläuft. Die Verjährung ist gehemmt, so lange die Leistung gestundet oder der Verpflichtete aus einem andren Grunde vorübergehend zur Verweigerung der Leistung berechtigt ist. Die Verjährung ist weiter gehemmt, so lange der Berechtigte durch Stillstand der Rechtspflege innerhalb der letzten sechs Monate der Verjährungsfrist an der Rechtsverfolgung verhindert ist. Das gleiche gilt, wenn eine solche Verhinderung in anderer Weise durch höhere Gewalt herbeigeführt wird. Wo keine dergleichen Hinderungsgründe usw. geltend gemacht werden können, verjährt mit dem 31. Dezember 1908 alle in dem § 196 des

B. G.-B. aufgeführten Ansprüche aus dem Jahre 1906 sowie die in dem § 197 aufgeführten Ansprüche aus dem Jahre 1904.

Die Verjährung wird unterbrochen, wenn der Schuldner dem Gläubiger gegenüber den Anspruch durch Abzugszahlung, Zinszahlung, Sicherheitsleistung oder in anderer Weise anerkennt. Unter „oder in anderer Weise anerkennt“ genügt jede ernstlich gemeinte Anerkennung. Die Verjährung wird weiter unterbrochen, wenn der Gläubiger gegen den Schuldner Klage erhebt oder die Zustellung eines Zahlungsbefehls bewirkt; die Forderung im Konfus anmeldet usw. Die Unterbrechung durch Klageerhebung dauert fort, bis der Prozeß rechtskräftig entschieden oder anderweit erledigt ist. Die Unterbrechung durch Zustellung eines Zahlungsbefehls gilt als nicht erfolgt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten vom Tage des Erlasses des Zahlungsbefehls Erlass des Vollstreckungsbefehls nachgezögert wird. Falls von dem Schuldner gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch erhoben wird, muß innerhalb sechs Monaten seitens des Gläubigers der Schuldner zum Termin geladen werden. Ein rechtskräftig festgestellter Anspruch, also ein vollstreckbares Urteil oder ein mit Vollstreckungsbefehl versehener Zahlungsbefehl, verjährt dann erst in dreißig Jahren.

Im Anschluß an vorstehende Ausführungen wollen wir nun noch kurz die Zivilprozeßordnung zur Hand nehmen und das Klagerecht sowie das Mahnverfahren unter die Klageerhebung sowie das Mahnverfahren etwas streifen. Bei Objekten bis zu 300 M. ist das Umlaufgericht, bei größeren Objekten das Landgericht zuständig. Die Klage beim Umlaufgericht kann nach § 498 des Z.-P.-O. bei dem Gericht schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers mündlich angebracht werden. Wird die Klage schriftlich eingereicht, so muß dies in drei Abschriften geschehen. Die Klage muß dann enthalten: 1. Die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts; 2. die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag; 3. die Ladung des Beklagten vor das Prozeßgericht zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits.

Zuständig ist dasjenige Gericht, bei welchem die beklagte Person ihren allgemeinen Gerichtsstand hat, sofern nicht für eine Klage ein ausschließlicher Gerichtsstand begründet ist. Da der allgemeine Gerichtsstand einer Person durch den Wohnsitz bestimmt wird, so ist dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk Beklagter wohnt. Klagen beim Landgerichte können nur durch einen Rechtsanwalt eingereicht werden. Unbemittelte können sich hierzu von der Orts- resp. Polizeibehörde ein Urmenanwalt aufstellen lassen und damit um Bevorordnung eines Urmenanwalts ersuchen.

Will man an Stelle der Klage das Mahnverfahren wählen, so kann man schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Gerichtsschreibers Erlass eines Zahlungsbefehls beantragen. Das Gesuch um Erlass eines Zahlungsbefehls muß enthalten: 1. Die Bezeichnung der Parteien nach Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort, 2. die Bezeichnung des Gerichts, 3. die bestimmte Angabe des Anspruchs, 4. das Gesuch um Erlass des Zahlungsbefehls. Vom Tage der Zustellung an gerechnet kann der Schuldner innerhalb einer Woche gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch erheben. Gießticht dies, so muß der Gläubiger den Schuldner mittels Klage vor das Umlaufgericht, oder wenn die Sache vor das Landgericht gehört, mit Hilfe eines Rechtsanwalts vor dieses Gericht laden lassen. Wird jedoch Widerspruch nicht erhoben, so läßt der Gläubiger nach Ablauf der Widerspruchsfrist den Zahlungsbefehl vom Gerichte für vollstreckbar erklären. Gegen den Vollstreckungsbefehl kann nochmals innerhalb 14 Tagen Einspruch erhoben werden. Sofern der Zahlungsbefehl für vollstreckbar erklärt ist, kann man den Gerichtsvollzieher mit der Vornahme der Zwangsvollstreckung in der gleichen Weise wie mit vollstreckbaren Urteilen beauftragen.

Zum Schluß soll noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß, sofern jemand mit einer Geldschuld sich im Bezuge befindet, der Gläubiger für die Verzugsszeit, als gesetzliche Binsen vier Prozent verlangen kann.

Halle a. S.

M. Güldenberg.

Unschuldswürmer!

Nichts steht dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ so gut zu Gesicht, als wenn sie sich in die Toga der gekränkten Unschuld hüllen. Man glaubt gar nicht, was diese Organe auf besagtem Gebiete fertig bringen, wenn sie den Massen Sand in die Augen streuen wollen. Und dazu sagen nach dem Ausgange der Gauvorsteherkonferenz gewichtige Gründe vor. Schließlich kann uns das gleichgültig sein, aber man soll die Kunststücke nicht auf unsre und speziell meine Kosten betreiben. In Nr. 139 habe ich bereits festgestellt, wie die „Leipziger Volkszeitung“ sich mit unserer Gauvorsteherkonferenz abgedungen hat. Das gibt nun dem „Vorwärts“ willkommenen Anlaß, in der üblichen Zuge und bolden Fertigkeit zu machen. In seiner Nr. 282 (Mittwoch, 2. Dezember) findet sich nämlich folgende Notiz:

Herr Reghäuser

gibt noch immer keine Ruhe. In der Dienstagsnummer des „Korr.“ veröffentlicht er einen Artikel mit der gefährlichen Überschrift: „Sozialdemokratische Halunken“, worin er uns unter anderm beschuldigt, die Resolution der Gauvorsteherkonferenz, die ihm seine blütenweiße Unschuld attestierte, „totschwiegen“ zu haben. Unsre Freier wissen, daß wir gewissenhaft alle vom „Korr.“ vorgezeichneten Beweise kollegialer Solidarität ebenfalls registrierten und auch die Resolution der Gauvorsteherkonferenz schon in der Sonntagsnummer zum Abschluß brachten. Herr Reghäuser scheint aber das Bedürfnis zu haben, die Vorberoren, die ihm in den letzten Wochen gewunden, nicht so bald verwiesen zu lassen und immer wieder seine werte Persönlichkeit in Erinnerung zu bringen. Wir müssen es ablehnen, diesem Reklamebedürfnis entgegenzukommen. Nur gegen die falsche Behauptung wollen wir uns wenden, als seien wir „in dieser Sache so redselig“ gewesen. Wir haben beispielsweise weder über uns bekanntgewordene Details beim Zusammensein der Solidaritätserklärung noch über die Verbandsvorstandes, noch über die Tatsache ein Wort verloren, daß die von der Buchdrucker-Generalversammlung in Köln beschlossene Verlegung des „Korr.“ nach Berlin „zunächst“ auf den 1. April 1910 vertagt worden ist. Über Herr Reghäuser mag auch diese Maßnahme als einen Erfolg seines unentwegten Kampfes gegen „sozialdemokratische Halunken“ ansehen. Daß selbst der ihm wohlgesinnte Vorstand zu der Überzeugung kommen mußte, er habe ein kollegiales Arbeiten im größten Gau des Buchdrucker-Verbandes unmöglich gemacht, sieht den durch seinen Hass gegen die Sozialdemokratie blind Gewordenen nicht an.

Der „Vorwärts“ antwortet also auf unsern Artikel vom 1. Dezember bereits am 2. Dezember, während er erst am 29. November die bereits am 26. November von uns veröffentlichte Resolution der Gauvorsteher abdruckte. Dabei ist der „Vorwärts“ eine Tageszeitung! Erst in der dritten Nummer nach dem veröffentlichten offiziellen Protokoll der Gauvorsteherkonferenz war der „Vorwärts“ instande, die achtzeilige Resolution zu bringen. Ich war somit wohl berechtigt, bei der Fertigstellung der Dienstagsnummer (1. Dezember erschienen) am 28. November zu sagen, der „Vorwärts“ schweige jene Resolution tot. Dabei gesteht der „Vorwärts“ in seiner oben abgedruckten Notiz selbst zu, daß er einen Vertrauensmann hat, der ihn über „Details“ aus den Sitzungen des Verbandsvorstandes unterrichtet und logischerweise auch über die „Details“ aus jener Konferenz. Über die Hauptsache wird aber der „Vorwärts“ anscheinend von seinem Vertrauensmann im Stiche gelassen? O dieser Unschuldswurm von „Vorwärts“! Und nun kommt er und schreibt, er habe „schon in der Sonntagsnummer“ die Resolution abgedruckt, welche geistreiche Feststellung sich nun so besser macht, als im Eingange gefragt wird, Reghäuser schreibe in der Dienstagsnummer, daß der „Vorwärts“ die in Rede stehende Resolution totschwiege. Die in der Redaktion des „Vorwärts“ siedenden Buchdrucker und auch der über „Details“ aus dem Vorstandslager unterrichtende „Vertrauensmann“ wissen ganz genau, daß die Dienstagsnummer am Sonnabend mittag stereotypiert wird, somit der mit Absicht zu erwiedende Eindruck bei dem Leserkreise des „Vorwärts“, als hätte ich am Dienstag etwas behauptet, was am Sonntag gegenteilig erwiesen, eine Kampfweise darstellt, die widerlich ist. Jeder billig denkende Mensch wird mir aber außerdem jene Zeilen nicht überdeutlich können, wo ich vom Totgeschwiegen befasster Resolution im „Vorwärts“ sprach, wenn er als Tageszeitung nach Belanforderungen jener acht Zeilen zwei Nummern verstreichen ließ, ehe er davon Notiz nahm. Zugem im übrigen Fall erwiesen ist, daß der „Vorwärts“, wo es ihm in den Kram paßt, sehr schnell berichten kann. Natürlich ist das Urteil der „Vorwärts“-Leiter über Reghäuser wieder einmal fertig, zudem die geheimnisvollen Andeutungen des „Vorwärts“, über uns bekanntgewordene Details beim Zusammensein der Solidaritätserklärung des Verbandsvorstandes“ das Ihrige dazu beitragen, den gewagtesten Kombinationen Tür und Tor zu öffnen. Wenn der „Vorwärts“ sich nicht den Vorwurf seiger Verdächtigung zuziehen will, dann mag er herausrücken mit seinem Fleidermäusel Aljo, verehrter „Vorwärts“, was ist es mit jenen „Details“ beim Zusammensein der Solidaritätserklärung des Verbandsvorstandes? Heraus mit der Sprache, oder das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß es den moralischen Meuchelmord als eisernen Bestand

der Partei moral frustifiziert. Ich habe keinen Grund, auch nur im entferntesten jene geheimnisvollen Details zu fürchten. Der „Vorwärts“ wird aber den Mund halten, weil er nur verdächtigen, aber nichts beweisen kann. Und das nennt sich geistige Leitung der Sozialdemokratie!

Auf der gleichen Höhe steht die „Begründung“ des „Vorwärts“ für das Hinausschieben der Sitzverlegung des „Korr.“ nach Berlin bis zum 1. April 1910. Was da der „Vorwärts“ an „Enttäuschungen“ — immer den Vertrauensmann zur Seite — mitzuteilen weiß, erinnert recht lebhaft an die Räuberpistolen vom Kaiserhof in Biedelwerder. Die Begründung des „Vorwärts“ ist in Unbetracht der wirklichen Sachlage so dum, daß jedes Wort der Erwiderung verflümmeln muß. Ich kann den „Vorwärts“ nur sagen, daß er damit sämtliche Füße des vereinigten Inselreichs von Großbritannien und Irland lachen macht. Ich rate dem „Vorwärts“, sich über solche „Details“ von einem verläßlicheren Vertrauensmann unterrichten zu lassen, denn es ist ja blander Unruhn, was er da verlündet. Der „Vorwärts“ ist von seinem Gewährsmann direkt und absichtlich angelogen worden. Das schadet aber nichts, denn einmal glauben dieses Märchen die „Vorwärts“-Leser, und dann kann man damit dem Reghäuser eins auswischen.

Doch damit läßt der „Vorwärts“ seine „Enttäuschungen“ noch nicht bewenden. Er weiß sogar aufzudecken, „daß selbst der ihm wohlgesinnte Vorstand zu der Überzeugung kommen mußte“, Reghäuser „habe ein kollegiales Arbeiten im größten Gau des Buchdrucker-Verbandes unmöglich gemacht“. Woher in diesem Punkte der „Vorwärts“ die „Überzeugung“ des „Vorstandes“ kennt, bleibt wohl das Geheimnis des anonymen Schreibers im „Vorwärts“. Nach meinem Wissen besteht eine solche Überzeugung des Verbandsvorstandes in keinem Betracht. Das Ganze ist nur eine Fünfleier des „Vorwärts“, der meine Berliner Kollegen „schärf“ machen möchte. Ob es ihm gelingt oder nicht gelingt, kann mich nicht irritieren. Wie traurig wäre es doch um den „Vorwärts“ bestellt, wenn er für seine Behauptung, daß ich ein kollegiales Arbeiten mit dem Gau Berlin unmöglich gemacht habe, den Weis anzutreten müßte — mit und ohne „Unterhänder“, die ihn über „Details“ aufklären. Auch hier liegt der „Vorwärts“, und zwar mit vollem Bewußtsein, und auch in diesem Falle kann er für die angeblichen Lügnerungen „des ihm wohlgesinnten Vorstandes“ nicht den Schatten eines Beweises erbringen.

Äußerlich wirkt die für die große Masse bestimmte Phrase, Reghäuser habe der „Hass“ gegen die Sozialdemokratie blind gemacht. Ich hasse die Sozialdemokratie nicht; ich kenne ihren geschichtlichen Entwicklungsgang und weiß, daß sie heute nicht anders sein kann, wie sie ist. Wenn ich mir dabei gestatte, als Arbeiter darauf hinzuweisen, wie es in der Arbeiterbewegung anders gemacht werden müßte, so ist das mein gutes Recht. Wenn man mich deshalb seinerzeit schimpflich aus der sozialdemokratischen Partei ausschloß und mich zur Verherrlichung dieses Gewaltaktes jetzt als „Renegat“ in die Acht erklärte, so gehört allerhand Moral dazu, diesen Terrorismus als die Freiheit der Zukunft zu declarieren. Ich habe seinerzeit nichts anderes gesagt und getan, was der s.d. Abgeordnete Karl Ulrich in Offenbach dieser Tage ohne Widerpruch in der sozialdemokratischen Presse schreiben konnte:

Die Erfahrung ist der beste Lehrmeister, auch auf kommunalpolitischem Gebiete. Das müssen alle Parteigenossen erfahren, die in ein Gemeindeparlament kommen und sehr bald merken, daß doch nicht alles so liegt, daß man mit einer leichten Handbewegung „Nein“ sagen kann. Man muß aber, sobald man auf verantwortungsvollem Posten steht, seinen Mann zu stellen suchen und sieht manches mit andren Augen an, als man es zu tun pflegte, so lange man nur zur Kritik berufen war. In dem Moment, wo man außer zur kritischen Prüfung irgend einer gemeinwirtschaftlichen Frage auch dazu berufen ist, diese Frage einer Lösung, wie sie dem Gemeindewohle zusagt, zuzuführen, zeigen sich Schwierigkeiten, deren Bedeutung man bis dahin gar nicht beachtet hat oder doch so stark unterschätzt, daß man sich selbst darüber wundert.

So war es in der Frage der Tarifgemeinschaft. Der gegen die kämpfenden Phrasen in der Sozialdemokratie fiel ich damals zum Opfer. Und heute? Ist es schließlich nicht auch ein Zugeständnis an meine Auffassung, wenn ein Redakteur einer großen sozialdemokratischen Zeitung sagt, „daß es doch eine Gemeinheit ist, wie der Reghäuser die sozialdemokratische Partei angreift, aber eine noch viel größere Gemeinheit ist es, daß er Recht hat“? Allerdings unterscheidet ich sehr wohl zwischen Sozialdemokratie und Sozialdemokraten. Ideell und materiell in der bürgerlichen Gesellschaft unbeschränkte Elemente strömen heutzutage scharenweise in die Sozialdemokratie; ein Leiterat, eine Rede genügten schon, solchen Leuten die „Leitung“ eines Parteiorganis in die Hand zu geben, und mangels genügender Erfahrung und intimer Kenntnis des Arbeiterlebens, der wirtschaftlichen Entwicklung und der dadurch bedingten Stellung und Arbeiten der Gewerkschaften ersehen sie durch Massenproduktion von Theorien, was ihnen an praktischem Wissen und Können fehlt und suchen jeden Arbeiter als Feind der Sozialdemokratie zu verfehnen, der nicht das Evangelium solcher neuen Messiasfe mit Haut und Haaren verschlingt. Solche Leute wirken mit wenigen rücksichtigen Ausnahmen in letzter Instanz reaktionär, und die Arbeiter

haben für diese „völkerbefreende“ Tätigkeit politisch und wirtschaftlich ihre Knochen zu Markt zu tragen. Außerdem wohnt gerade jenen Leuten eine Bortion Unbildung inne, die oft unerträglich ist. Und wenn man dann als simpler Arbeiter sich dies nicht gefallen läßt, dann greift man die Sozialdemokratie an; sollte man aber gar an bestimmten Erscheinungen, die schädlich für die Arbeiter wirken, Kritik üben, dann ist man „durch seinen Hass gegen die Sozialdemokratie blind geworden“. Neben diesen bürgerlichen Elementen (nicht selten junge Studenten) sind es allerdings auch die eignen Freunde in den sozialdemokratischen Blättern, welche sich nicht genug in den Rehgäuerhebe leisten können. Hat doch erst fürzlich der Arbeitersekretär und Kollege Günther in Jena seine Bewerbung um einen Redakteurposten am „Halleischen Volksblatt“ dadurch unterstellt, daß er gleichzeitig an jenes Blatt einen Artikel gegen Reghäuser einbande. Der Artikel wurde zwar abgedruckt, aber Günther wurde trotzdem mit seiner Bewerbung abgewiesen. Wenn man nun solchen Leuten, die auf diese Weise den „kleinen Befreiungsnachweis“ als Genossen erbringen, aufs Dach steigt, ist man im Hass gegen die Sozialdemokratie blind geworden! Man gebe sich seiner Läufüng hin, der Buchdrucker wird in der heutigen Sozialdemokratie nur dann als voll angesehen, wenn er die Taktik im Verbande bekämpft und den Rehgäuer beschimpft. Über auch dann hat man instinktiv vor solchen Genossen in den anderen Arbeiterkreisen doch eine recht gering schätzige Meinung. Man benützt sie, aber man achtet sie nicht. V. R. W. Es geschieht natürlich mit Absicht, mich als „blinden Hasser“ der Sozialdemokratie dauernd der Arbeiterchaft vorzustellen. Die Wirkung ist ja auch da, denn die Widerlegungen des „Korr.“ werden in der sozialdemokratischen Presse fast allgemein unterschlagen und durch neue Gemeinheiten erweitert. So geht dieses traurige Spiel schon seit vielen Jahren, und es wäre nur natürlich und menschlich begreiflich, wenn ich mit gleicher Münze bezahlen würde. Das fällt mir aber nicht ein; ich verübung es, in anderen Blättern einem solchen Gebaren die Maske herunterzureißen, darum ist meine Kritik im „Korr.“ immer nur gegen jene Einflüsse aus allen Parteifreien gerichtet, welche unsre innere gewerkschaftliche Entwicklung, unsre Taktik und Politik zu schwägen geeignet sind. Mag es der „Vorwärts“ blinder Hasser nennen, ich weiß, daß dies die Triebfeder meiner Handlungen gegenüber der Sozialdemokratie nicht ist. Schließlich sind die Redakteure des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ so wenig die Sozialdemokratie wie ich der Buchdrucker-Verband bin.

Eine große Wirkung auf meine Berliner Kollegen verspricht sich der „Vorwärts“, auch dadurch, daß er die „sozialdemokratischen Halunken“ als eine Erfindung von mir ins Land hinausgehen läßt, und zwar in gleicher Auffassung wie die „Leipziger Volkszeitung“. Der Leser des „Vorwärts“ wird ohne weiteres sich sagen müssen, der Reghäuser beschimpft die Genossen als „sozialdemokratischen Halunken“. Punktum. Ich habe bereits in Nr. 139 in einer durch den gleichen Vorwurf der „L. B.“ mir aufgeworfenen Abwehr die nähere Erläuterung dazu gegeben. Auch der „Vorwärts“ hält es also für zweideutig, bei seinen Leuten den Glauben bestehen zu lassen, Reghäuser wolle mit den „sozialdemokratischen Halunken“ die Mitglieder der Sozialdemokratie treffen. Ist es zwar Unsun, so hat es doch Methode. In anderen sozialdemokratischen Blättern hat man aus Anlaß der bezüglichen Stelle in Nr. 128 bereits geschlußfolgert, Reghäuser greife damit die ganze Sozialdemokratie an; wenn er bestimmte Personen im Auge habe, so solle er sie neuem und es nicht machen wie mit der A. B.-Notiz. Nachdem auch die „Leipziger Volkszeitung“ in die gleiche Kerbe hieb, war ich gezwungen, mit Namen herauszurücken. Jetzt aber stellt man die ganze Sache auf den Kopf und fanatisiert die Massen, weil ich der gestellten Aufforderung entsprochen habe. Ich brauchte dabei um so weniger Zurückhaltung üben, als noch vor kurzem Robert Albert mich als „erbärmlichen Lügner und gewohnheitsmäßigen Thräbschneide“ bezeichnete sowie „als Verleumder und notorischen Lump“ gekennzeichnete. Ferner wäre ich ein „Ausbund von Schlechtigkeit“ u. dgl. Wie die allgemein als „glaublich“ bekannte „L. B.“ in ihrer gestirnten Nummer mitteilte, soll Albert rehabilitiert werden sein, resp. sollen die ihm seinerzeit von seinen Parteigenossen gemachten Vorwürfe nicht zutreffend sein. In der Öffentlichkeit haben wir davon nichts vernommen.

Da nimmt sich nun dem allen gegenüber höchst pharisäisch die Einleitung der „Vorwärts“-Notiz aus, wo es heißt: „Herr Reghäuser gibt noch immer keine Ruhe.“ Für mich war nach dem Ausgange der Gauvorsteherkonferenz die Angelegenheit unter uns erledigt. Ich schrieb daher in dem Artikel „Berliner Tage“ im Hinblick auf die Differenzen mit der Berliner Gauleitung und einem kleinen Teile der Berliner Kollegenschaft, daß ich jederzeit bereit sei,

mit der Berliner Kollegenschaft und der Berliner Gauleitung auf dem Boden der statutarischen und tariflichen Gesetze Hand in Hand zu geben. Allgemein war auch hier der Wunsch lebendig, im Interesse des großen Ganzen Vergangenes begraben sein zu lassen, und wir wünschen aufrichtig, daß allzeit dies geschehen möge.

Ich kann aber dem noch hinzufügen, daß ich auch jederzeit bereit bin, Polemiken mit der sozialdemokratischen Presse zu vermeiden, wenn sie es mir möglich macht. Wer aber nach der Konferenz keine Ruhe gegeben hat, das war die „Leipziger Volkszeitung“, indem sie im An-

schluß an die dort gefaßte Resolution die Gauvorsteher wie folgt verhöhnte:

Worauf der Reghäuser gerührt seine Demission zurückzog. Es ist ihm damit das Recht eingeräumt worden, auch fernerhin unentwegt nach der von ihm erfundenen Moral weiter die „sozialdemokratischen Halunken“ zu bekämpfen und zu begeiern.

Das hält auch der „Vorwärts“ für richtig, denn er nahm keine Veranlassung, vor Ereignissen meiner Abwehr auf diese erneute Provokation der „L. B.“ hinzuweisen. Er hätte also schreiben müssen: „Die Leipziger Volkszeitung gibt noch immer keine Ruhe!“ In Wirklichkeit war der anonyme Heizer im „Vorwärts“ froh, daß die „L. B.“ mich herausforderte, um mit meiner Sicher zu erwarten Antwort dann das Geschäft des Schriftmachens bei meinen Berliner Kollegen betreiben zu können. Deshalb schob man auch die Mitteilung der Resolution bis aufs äußerste hinaus, so daß ich gezwungen war, diese Art Journalistik festzunageln, und mit der „L. B.“ reitet man dann noch die „sozialdemokratischen Halunken“ zu Tode. Eine ebenso plump wie kostbare Taktik, die am besten davon Zeugnis ablegt, wie man dort die „Ruhe“ versteht. Will man auf jener Seite den ehrlichen Willen befinden, mit den Buchdruckern und mir Ruhe und Frieden zu halten, dann bin ich der erste, der dafür zu haben ist. Über können Organe wie der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ einen solchen ehrlichen Frieden wollen, die wenige Tage vorher noch den andern Teil auf die niedrigste Stufe stellten, auf der je einer der verkommenen „Polizeisüchte“ und „Polizeispitzel“ gestanden hat? Entweder waren es damals Worte ohne Inhalt, die lediglich einem Schimpfbedürfnis entsprangen, oder die Verfertiger jener Herausförderung waren davon überzeugt, was sie schrieben. Ein Drittes gibt es nicht. In beiden Fällen ist es daher, so lange man noch logisch denken kann, ausgegeschlossen, daß von jenen Leuten ein ehrlicher Frieden mit mir gewollt sein kann. Man liegt vielmehr auf der Lauer wie jener Wolf, dem das Lamm das Wasser geträumt hat. Bloß die Verpeinigung stößt auf Hindernisse.

V. Reghäuser.

Korrespondenzen.

E. Altenburg. In der am 22. November abgehaltenen Bezirksversammlung waren 202 Kollegen aus den Orten Lüda, Neufelitz, Gößnitz, Schmölln und Altenburg erschienen. Zum ersten Male hatten wir die Gelegenheit, den „Korr.“-Redakteur Krahl in unserer Mitte zu sehen, der für die lehrreiche Behandlung des Themas: „Die Voraussetzungen zu erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit“, den ungeteilten Beifall der Versammlung fand. Den Kassierer Degenkolbe wurde für den „gegebenen Kassenbericht“ Entlastung erteilt. Der dritte Punkt: „Vorstandsbereich über den Stand des Gewerbes im Bezirk Altenburg“, zeigte kein so erfreuliches Resultat wie das des Vorjahr. Die Arbeitsgelegenheit hat sich vermindert. Es ist die Umgebung des Arbeitsnachweises seitens einiger Prinzipale; wir werden wohl dazu kommen, Beschwerde einzulegen. Die tariflichen Zustände lassen hauptsächlich in bezug auf die Einhaltung der Lehrlingsstala zu wünschen übrig. Allerlei Klagen waren über die sogenannte tarifreine Firma Berger in Lüda zu hören. Unter andern ist es bei dieser Firma Iffus, die Bezahlung von Feiertagen dadurch zu umgehen, daß die Gehilfen „rechtszeitig“ entlassen werden. Sollen die Zustände dort anders werden, ist den Kollegen zu raten, die Tarifinstanzen anzuwerben und Beweise dem Schiedsgerichte zu unterbreiten. Freude wird man an dieser Stelle gerade nicht empfinden, denn Lüda war immer eine „Bierde“ im Altenburger Bezirk. Anderen könnte sich dieser Zustand vielleicht auch dann, wenn die in Lüda anfangenden Kollegen vorher Erkundigung einziehen würden. Hier kann nur die Selbsthilfe nützen; der Bezirksvorstand ebenso der Hauptvorstand verfagten, müssen hier versagen. Sodann nahm die Versammlung Stellung zu den den Kollegen Reghäuser und die „Korr.“-Redaktion beschimpfenden Artikeln des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“.

Berlin. (Gaugeneralversammlung vom 26. November) Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Festsetzung der Höhe des Gauzuschusses zur Arbeitslosenunterstützung vom 1. Januar 1909 ab. Der Gauvorstand beantragte, den Gauzuschuß auf 3,50 M. wöchentlich nach Leistung von 50 und 5,25 M. wöchentlich nach Leistung von 150 Gaubeiträgen festzusezen, das heißt den im vorigen Jahre beschloßene Zuschuß von 1 M. pro Tag nach 150 Gaubeiträgen auf 75 Pf. herabzusehen. Begründet wurde der Antrag einmal damit, daß die Verbandsunterstützung um 25 Pf. pro Tag erhöht worden ist und eine weitere Erhöhung des jetzigen höchsten Unterstützungsgrades von 17,50 M. um noch 1,75 M. wöchentlich gar nicht ratsam wäre. Hauptsächlich aber wurde auf die im laufenden Jahre herrschende große Arbeitslosigkeit und die dadurch eingetretene ganz außerordentliche Inanspruchnahme unserer Käfe hingewiesen, welche trotz der durch die Beitrags erhöhung um 10 Pf. erzielten Mehreinnahme von rund 41000 M. in den ersten drei Quartalen dieses Jahres eine Mehrausgabe von rund 13000 M. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs zu leisten hatte. Unsre Gaukasse zahlte nämlich an Zuschüssen zur Konditionslosenunterstützung in den drei ersten Quartalen 1907 an 4204 Mitglieder für 86750 Tage 47812 M., in den drei ersten Quartalen 1908 dagegen an 1058 Mitglieder für 116973 Tage 97957 M., mithin 50115 M. mehr. Im

dritten Quartal (Juli—September) des laufenden Jahres waren an Gauzuschüssen zur Arbeitslosenunterstützung allein 48821 M. erforderlich, während die drei ersten Quartale des vorigen Jahres zusammen nur 47812 M. erforderlich waren. Daneben wurden an Zuschüssen zur Krankenunterstützung im genannten Zeitraum des laufenden Jahres rund 4000 M. mehr ausgegeben. Dieser zahlensätzlichen Begründung des Vorstandsantrags wurde noch hinzugefügt, daß ja mit der Herausforderung des Gauzuschusses eine Einbuße für die konditionslosen Kollegen nicht verknüpft ist, indem der bestehende höchste Unterstützungsgrad durch die erhöhte Verbandsunterstützung aufrechterhalten bleibt. In dieser Debatte wurde dem Vortrag des Vorstandes zugestimmt und darauf demgemäß gegen wenige Stimmen beschlossen. Ein Antrag der Kollegen Behlke und Strieder auf Abänderung des Vereinsstatuts verlangte, dem § 9 (Wahlen) als letzten Absatz hinzuzufügen: „Bei allen Wahlen, bei denen Urwahl vorgesehen und der Generalversammlung das Vor schlagsrecht eingeräumt ist, gilt derjenige als von der Generalversammlung vorgeschlagen, der mindestens 100 Stimmen der anwesenden Delegierten auf sich vereinigt.“ Dieser Antrag führte zu einer lebhaften Diskussion. Zu seiner Begründung wurde ausgeführt, daß die letzten Wahlen die Veranlassung zu dem Antrage gegeben hätten. Trotz vieler Vorschläge habe die Versammlung besonders bei den Delegiertenwahlen zur Kölner Generalversammlung so wenig Kandidaten nominiert, daß dies in Köln als unangängig bezeichnet und für die Zukunft die Aufstellung von Kandidaten in der anderthalb sachen Zahl der zu wählenden Delegierten verlangt wurde. Dieser Vorschlag müßte künftig nachgekommen werden, weshalb der bisherige Modus der Kandidatenaufstellung durch Mehrheitsbeschluß nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Bei diesem Modus sei die Urwahl eigentlich überflüssig, weil diejenigen, welche in der Versammlung bereits die Mehrheit für sich haben, diese dann auch bei der Abstimmung erhalten. Es habe ferner auch in verschiedenen Kollegenkreisen Misstimmung hervorgerufen, daß einzelne der Versammlungsmehrheit nicht genehme Kollegen nicht als Kandidaten aufgestellt wurden, und man müsse dafür sorgen, daß es in Zukunft nicht mehr möglich ist, solche Kandidaturen abzulehnen. Gegen den Antrag wurde gestellt, daß durch ihn das Mehrheitsprinzip bestätigt würde, daß es widersinnig sei, einem Beinhalt der Delegierten das Recht zu geben, eventuell gegen den Willen der übrigen neun Beinhalte beliebige Kandidaten aufzustellen; es wäre dies eine Majorisierung der Mehrheit. Dem Verlangen der Kölner Generalversammlung bezüglich der anderthalb sachen Zahl von Kandidaten wurde künftig auch nach dem bisherigen Modus entgegnet werden. Die nach Annahme eines Schlußantrags erfolgte Abstimmung über den Antrag ergab keine Abstimmung mit großer Mehrheit. Dem dritten Punkt der Tagesordnung betraf die Aufstellung von Kandidaten für die Gauvorstandswahl. Die Versammlung nominierte als ersten Vorsitzenden Massini, als zweiten Vorsitzenden Albrecht; als Schriftführer R. Adam, O. Schulz, W. Strieder, W. Werner und W. Wieslepp (zu wählen sind vier); als Beisitzer: G. Greulich (Gießer), G. Braun (Maschinenfeger), P. Leichmann (Stereotyp), G. Gildebrandt und F. Schaaf (Drucker), K. Fritsch, F. Heinrich, G. Lehmann, R. Waschke und F. Wuthenow (Gehör), zu wählen sind sieben. Als Kassierer wurde H. Schleffler, als Verwalter H. Bestek wieder vorgeschlagen. Weitere Kandidaten wurden hier nicht genannt, weshalb die Wahl beider statutär sofort durch die Versammlung erfolgte. Die bisherigen Vereinsbüten Klein und Moritz wurden gleichfalls wieder gewählt. Ferner bestätigte die Versammlung die Aufstellung der Hilfskräfte auf der Verwaltung und bewilligte den Vereinschefschrifführern sowie dem Obmann des Tarifschiedsgerichts eine halbjährliche Remuneration. Die Versammlung stimmte weiter dem Vorschlag des Vorstandes zu, den Konditionslosen und Invaliden zum Stiftungsfeste 3 M. sowie zum Weihnachtsfeste denjenigen Kollegen, welche im letzten Quartal drei Wochen arbeitslos sind und mindestens 13 Beiträge in Berlin gesteuert haben, 3 M. und denjenigen Konditionslojen, welche über 50 Beiträge in Berlin geleistet haben 5 M. zu gewähren. Nach Erledigung der Tagesordnung wurden aus der Versammlung heraus an den Vorstand eine Reihe von Anfragen gerichtet, die hauptsächlich die Gewerbe gerichtswahlen betrafen. Einige Anfragen hatten außerdem den Beschluß des Tarifausschusses wegen der angeblichen Tariftreue des Gutenbergbundes zum Gegenstande. Hierauf wurde nicht näher eingegangen, da in der nächsten Vereinsversammlung darüber das Rötige mitgeteilt werden soll; betont wurde aber, daß man schon aus dem Wortlaut des Beschlusses ersehen könne, wie wenig Anlaß der Gutenbergbund zu besonderer Freude über den Beschluß des Tarifausschusses habe.

Einbeck. In der hiesigen Mitgliedschaft ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß sich in beruflicher Beziehung ein viel regnsameres Interesse geltend macht, was auch für alle Zukunft der Fall sein möge. Am 22. November sprach Herr Emil Leiter aus Hannover über: „Der Entwurf und seine technische Ausführung“. Zu diesem hochinteressanten Vortrage hatten sich sämtliche Kollegen, der Leiter der Fachkasse für Buchdrucker an der hiesigen Gewerbeschule und die älteren Lehrlinge eingefunden. Auch der Ortsverein Alfeld (Leine) war durch mehrere Mitglieder vertreten. In seinem zweitlängigen Vortrag unternahm Herr Leiter zunächst einen Streifzug durch die maßgebenden Stilarten und typographischen Ausstattungsmethoden, erklärte deren Schönheiten und Mängel und ging sodann zu dem modernen

Entwurf vom Anfangsstadium bis zu seiner Vollendung mit anschaulichen Beispielen an der Tafel über. Diesem interessanten Teile des Vortrags folgte das Wichtigste der Farbentheorie, die Behandlung der Aquarellfarbe beim Entwurf und die der Druckfarbe bei der Drucklegung mit allen ihren technischen Borteilen und Schwierigkeiten. Der Vortragende bot uns eine Fülle praktischer Würfe, die den routinierten Fachmann erkennen ließen und von jedem mit großem Interesse entgegengenommen wurden. Eine Ausstellung seiner Studien, Entwürfe und Drucksachen, insgesamt 130 Tafeln, die unser Gast ausgestellt hatte, erregten noch lange nach Beendigung des Vortrags allgemeine Aufmerksamkeit. Lebhafter Beifall wurde am Schluß Herrn Leiter zuteil und ließ erkennen, daß die Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Der Referent regte noch die Gründung eines typographischen Klubs an, und wird sich unsre nächste Versammlung mit diesem Pünktchen zu beschäftigen haben.

M. Elberfeld. Die am 22. November in Solingen tagende Bezirksversammlung hatte sich eines ziemlich guten Besuchs zu erfreuen; etwa 200 Mitglieder waren in der Versammlung erschienen. Unter „Bereinsmitteilungen“ brachte der Vorsitzende ein Bürstular des Zentralvorstandes zur Kenntnis, worin letzter über Zwistigkeiten mit der Zentralkommission der Maschinenmeister berichtete. Von den Druckerkollegen Müller (Solingen) und Tilmanns (Elberfeld) wurde betont, daß sich die Maschinenmeister mit dieser Frage noch nicht näher beschäftigt hätten, aber die Druckerkollegen seien vor allen Dingen Verbandsmitglieder und gingen demnach mit dem Verbandsvorstande Hand in Hand. Des weiteren berichtete der Vorsitzende, daß auch in dem unserm Bezirk angehörigen Orte Langenberg die Firma Degen & Böcker den Tarif anerkannt habe; aber nicht durch Bemühungen des Gutenbergbundes, der doch durch viele Maßnahmen die Prinzipien für sich gewinnen wollte, sondern lediglich sei diese Tarifanerkennung der Werbeträger des Verbandes zu verdanken. Auch soll hier nicht verfälscht werden zu berichten, daß Mitglieder des Gutenbergbundes nach wie vor in der untarifreuen Druckerei der Farbenfabrik arbeiten, trotzdem sie ja in letzter Zeit große Anstrengungen machten, in die Tarifgemeinschaft aufgenommen zu werden. Es verlassen Gutenbergbündler sogar tarifähige Konditionen und fangen in der neuerrichteten Druckerei der Farbenfabrik in Leverkusen an, trotzdem auch hier vom Tarif keine Spur vorhanden. Und so etwas nennt sich tariffrei! An dem gedruckt vorliegenden Kassenberichte, welchen Kollege Beus ergänzte, war nichts zu bemängeln. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Kassierer Decharge erteilt. Im Stelle des auscheidenden seitherigen Schriftführers wurde Kollege Otto Milanzi jun. gewählt. In dem nun folgenden Vortrage des Arbeiterschefs Krüger (Barrien) über: „Die kulturelle Bedeutung der modernen Werbeträger in Elberfeld“ verstand es Referent, in seinen etwa 1½ stündigen Ausführungen die Versammlungsteilnehmer zu interessieren. Vor einer ausführlichen Berichterstattung soll hier Abstand genommen werden, doch waren die Schlüssefolgerungen der Ausführungen darin zu suchen, daß in der heutigen wirtschaftlichen Krise das arbeitende Volk mehr als je danach trachten müsse, Einigkeit in seinen Reihen einzutreten zu lassen; denn nur durch Unfrieden in den Arbeiterrängen läne das Unternehmertum dazu, noch weiter das Proletariat zu unterdrücken. Der Vortrag, an den sich keine Diskussion anschloß, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit dem von Kollegen Lorenz (Solingen) eingebrachten Antrag: „Wie stellt sich der Bezirk Elberfeld zu den Vorcommunissen „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ kontra Reghäuser?“ Dem neugegründeten Ortsverein Ohligs wurden sodann noch 30 M. aus der Bezirkskasse bewilligt. Der verunglückten Radbörde Bergarbeiter wurde dadurch ehrend gebacht, daß sich die Versammlten von den Sizien erhoben. Auf Antrag wurde beschlossen, eine Sammelliste für die Hinterbliebenen in Birkelau zu legen.

F.-ch. Essen. Unser lebte diesjährige Bezirksversammlung, die in Essen abgehalten wurde, war verhältnismäßig gut besucht. Wie es doch Stellung zu nehmen zu der Sache Parteipresse kontra Reghäuser. Unter „Geschäftliches“ gedachte der Vorsitzende der Opfer der furchtbaren Radbolldatschrofe, bei der auch eine große Anzahl freiorganisierter Bergarbeiter ihr Leben einbüßte. Bei Ehren der Toten erhoben sich die Versammlten von den Sizien. Der Vorsitzende unterbreitete dann den Essener Kollegen den Antrag, des Vorstandes auf Bewilligung von 50 M. für die Hinterbliebenen der Verunglückten und führte dazu aus, daß der Vorstand den Essener Mitgliedern den Vorschlag deshalb in der Bezirksversammlung mache, weil die eigentlich zuständige Ortsversammlung vorerst doch noch nicht abgehalten werde und man des Worts eingedenkt sei: „Wer schnell gibt, der gibt doppelt!“ Dem Antrage wurde stattgegeben, und soll das Geld schlämigst der Sammelleiste des hiesigen freien Gewerkschaftsbunds überwiesen werden. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß der Fall Theben in Gladbeck zugunsten der Gehilfen beigelegt und die Aufnahme der Firma in das Verzeichnis der tariftreuen Druckereien wieder in die Wege geleitet ist. Im Kassenbericht für das dritte Quartal balancieren Einnahmen und Ausgaben mit 8823 M. Der Mitgliederstand betrug zu Anfang des dritten Quartals 560, gegen 564 zu Ende des Quartals. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

th. Frankfurt a. M. Unser Bezirksversammlung vom 26. November erfreute sich eines etwas besseren Besuchs als viele ihrer Vorgängerinnen, namentlich sah

man viele ältere Kollegen, die oft jahrelang durch ihr Abwesenheit glänzen. Die Ursache dieser Frequenz war offenkundig der Tagesordnungspunkt: „Mleghäuser contra Vorräts“ usw. Wir müssen jedoch leider gestehen, daß die Apathie in den Kollegentreffen schon einen derartig krankhaften Zustand angenommen hat, daß selbst die wichtigsten Tagesfragen sie nicht aus ihrem Dämmerzustand aufzurütteln vermögen. Das dem so ist, beweist die Teilnehmerzahl der Versammlung: etwa 160–170 bei beinahe 1400 Mitgliedern! Da man in die eigentliche Tagesordnung eintrat, entledigte sich die Versammlung einer Pflicht der Pietät, indem sie das Andenken der verstorbenen Kollegen Peter Heberer und Hermann Nebert in üblicher Weise ehrt. Des weiteren machte der Vorsitzende bekannt, daß unsre Weihnachtsfeier am 27. Dezember stattfindet. Als Weihnachtsgabe für die Konditionlosen wurden vorgeschlagen und genehmigt: 6 Mf. für die verheirateten und 4 Mf. für die ledigen Kollegen. Aufgenommen wurden zwei neue Mitglieder; außerdem wurde der Ausschluß des Kollegen Dickehscheidt zurückgenommen. Zum Ausschluß wegen Reitierens mußten jedoch wieder sieben Mitglieder empfohlen werden, und zwar: die Seiger Jul. Künstler, Hr. Höfmann, Paul Pfleifer und Wilh. Schwarz sowie die Drucker Jos. Brähler, Wilh. Mohnsam und Joh. Trauner.

-e. **Koburg.** In der am 27. November abgehaltenen Monatsversammlung nahm auch unser Ortsverein Stellung zu der Angelegenheit Bütcher-Rechhäuser. Dem Gesangvereine Graphia, der sich kürzlich aus Mitgliedern des Ortsvereins und organisierten Lithographen und Steindruckern (Senefelderberg) gebildet hat, wurde aus der Ortskasse ein größerer Beitrag zur Abschaffung von Lieberbüchern usw. bewilligt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Seis. Aus demselben ist erwähnenswert, daß unser Vorsitzender Braunschmidt auf Vorschlag des Kartells als Vorstandsmitglied der hiesigen Ortsfrankfurter Käffle gewählt wurde. Unsre Kollegen, welche wir als Kandidaten für die demnächst stattfindende Gemebegehrtschaftswahl in Vorschlag gebracht hatten, erhielten jedoch nicht die nötige Stimmenzahl, um auf die Vorschlagsliste des Kartells gesetzt zu werden.

Rundschau.

In Sachen der Erhöhung und Neueinführung von
Volatzuschlägen am 1. Januar 1909 hat unter dem Datum
des 1. Dezember der Vorstand des Deutschen Buch-
druckervereins folgende Bekanntmachung erlassen:

Bei der am 1. Januar 1907 erfolgten Einführung des neuen Lohntarifs sind auf unsre Empfehlung ganz allgemein auch diejenigen in festem Wochenlohn beschäftigten Gehilfen, welche schon bisher mehr als 3 Mt. über das ortsübliche Minimum verdienten und deshalb einen Anspruch auf die tarifliche Erhöhung nicht hatten, mit freiwilligen Zugaben bedacht worden. Um auch bei den mit den 1. Januar 1909 an einer Anzahl von Druckorten in Kraft tretenden neuen oder erhöhten Lokalzuschlägen diese meist älteren Gehilfen nicht unberücksichtigt zu lassen, empfehlen wir den Buchdruckervereinsherrn der betreffenden Orte, sie in gleicher Weise an der eintretenden Lohnerhöhung mit teilnehmen zu lassen. Der in der vorigen Nummer in der Bekanntmachung des Tarifamts enthaltene Hinweis auf eine vom Deutschen Buchdruckerverein an die Prinzipalität gerichtete Empfehlung, auch die mit mehr als 3 Mt. über Minimum in den in Betracht kommenden Orten entlohten Gehilfen an den Lohnauflösungen durch die neuen Lokalzuschläge teilnehmen zu lassen, wäre mit vorstehend wiedergegebener Bekanntmachung also zur Tatsache geworden. Es verdient Anerkennung, daß die Prinzipalsleitung eine Berücksichtigung der älteren und höher bezahlten Gehilfen in gleicher Weise empfiehlt. Offenbar findet dieser Appell in den betreffenden Prinzipalkreisen allseitige Befolung.

Fachzeitschriften in deutscher Sprache für das graphische Gewerbe und die Papierindustrie erscheinen nach Klimmsches Abreißbuch (was übrigens laut nachträglicher Mitteilung des Verlags an uns vorschreibt) 9,50 M. und gebunden 10,50 M. kostet im ganzen 60. Die "Mitteilungen" des Prinzipalvereins in Hannover wären aber wohl als Fachzeitschrift auszuschalten. Diese Art von Vereinspublikationen können nicht als Zeitschriften gelten; es müssten ja dann die übrigen Vereinsmitteilungen im Deutschen Buchdruckervereine sowohl als in unserm Verband auch Auflösung finden. Durch Hinzutreten des neuerschienenen, von Klimm noch nicht mit aufgeführten, "Korrespondenzblatt der schweizerischen Buchdruckergewerkschaft" bleibt jedoch die Zahl 60 bestehen. In Deutschland erscheinen davon 43, in Österreich 11 und in der Schweiz 6. Auf die einzelnen graphischen Zweige und ihrer sonstigen Bestimmung nach verteilen sich die 60 Fachzeitschriften folgendermaßen: Buchdruck 13, Buch- und Steindruck 12, Stereotypie 1, Steindruck und Lithographie 3, Holzgraphie 1, Reproduktionstechnik 1, Zeitungsverlag 1, Buchbinderei 6, Papierindustrie 13, polygraphisches Gewerbe im allgemeinen 7, Graveure 1; für die graphische Jugend ist eine Zeitschrift bestimmt. Die Gr-

cheinungsweise ist: dreimal wöchentlich 1 (der „*Korr.*“), zweimal 4, einmal 23, dreimal monatlich 1, vierzehntäglich 3, zweimal monatlich 14, einmal monatlich 10, alle zwei Monate 1, vierteljährlich 2 und zwanglos 1. Länger als 25 Jahre bestehen 18 Blätter. Die ältesten sind „Journal für Buchdruckerkunst“ (74 Jahre), „Helvetische Typographia“, das schweizerische Verbandsorgan (51), „*Korr.*“ (46), „Archiv für Buchgewerbe“ (45), „Vorwärts“, das österreichische Verbandsorgan (42), „Wochenblatt für Papierfabrikation“ (38), „Österreich-Ungarische Buchdruckerzeitung“ (35), „Zeitschrift für Typographen“ (34), „Deutsche Buchdruckerzeitung“ (34), „Allgemeiner Anzeiger für Druckereien“ (34), „Deutsche Gravurzeitung“, „Papierzeitung“ und „Schweizerische Buchdruckerzeitung“ (32), „Typographische Jahrbücher“ (30) usw. Als für das deutsche Buchdruck- und Zeitungsgewerbe hauptsächlich in Betracht kommend sind 19 Fachzeitschriften zu rechnen, von denen sechs fachgewerbliche und zwölf „technische“ Interessen usw. vertreten.

Der „*Zeitungsvorlag*“ will sich nicht gehebbert haben in dem Neutralitätsstreite wegen unseres Verbandes. Er wollte nur zum Ausdrucke bringen, daß es vollständig gleichgültig sein kann für einen Prinzipal, ob die Bestrebungen des Verbandes „als sozialdemokratisch im Sinne der Partei oder der Weltanschauung klassifiziert oder etikettiert werden“; die Prinzipale sollten das politische Glaubensbekenntnis vollständig aus dem Spiele lassen und an ihre wirtschaftliche Interessen denken. Alle seine Abfälle des „*Zeitungsvorlag*“ an die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ — uns soll es auch so recht sein.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ hat in diesem Jahre drei wichtige Daten aufzuweisen: das 100-jährige Bestehen der Druckerei, das 80-jährige seiner selbst und den Ums- und Neubau seiner Geschäfts- und Betriebsräume. In einer reichlich mit Ansichten ausgestatteten Festfestschrift großem Formats werden der Entwicklungsgang des „Hamburger Fremdenblatt“, seine heutige Herstellungsweise sowie die jetzigen Einrichtungen geschildert. Die Geschäftsinhaber stifteten anlässlich dieser dreifachen Feier am 29. November 50000 M. zu Unterstützungszwecken für das Personal.

Eine Verteidigung, die ihren Zweck vollständig verfehlt, unternimmt die Geschäftsstelle der „Buchdruckerwoche“, gez. Holzamer, gegenüber den Angriffen der „Zeitschrift“, die gleich uns und andren Fachblättern das Beginnen der „Buchdruckerwoche“, die geplante Interessenfeuer zu ihrem geschäftlichen Nutzen zu fristigfizieren, entschieden verurteilt. Die „Buchdruckerwoche“ legt besonderen Wert darauf, daß ein amtliches Blatt wie die „Zeitschrift“ sich eine so scharfe Kritik erlaubte und hält die eigne Handlungsweise für völlig loyal. Wir können uns nicht zu dieser schönfärbischen Meinung über das Verhalten der „Buchdruckerwoche“ in diesem Fall aufschwingen und vermindern auch nicht einzusehen, warum die amtliche „Zeitschrift“ sich darüber nicht aussprechen sollte, was allgemeine Ansicht ist.

Proteste gegen die Insuratensteuer aus Prinzipialstreitern liegen weiter vor seitens des Thüringer Zeitungsverlegervereins, der in einer Resolution u. a. erklärt, die Anzeigenteuer sei eine indirekte Besteuerung der Zeitungsverleger, sie bedeute eine gemalzte Erbrosjelung der kleinen Presse; man wolle nicht als Steuererheber in seinem Betriebe fungieren. Der Bezirksverein Ulm des Deutschen Buchdruckervereins sieht in der Insuratensteuer „eine Gefahr für die gesamte Geschäftswelt und leichten Endes für das Reich selbst. Diese Steuer ist eine Erbrosjelungssteuer, sie ist eine Doppelsteuer, sie ist fikturiell und unmöglich“.

Der Verein der Verleger deutscher illustrierter Zeitschriften wendet sich gleichfalls in einer Erklärung gegen die Anzeigentaxe, besonders auf den Umstand verweisend, daß der Gesetzentwurf der ausländischen Konkurrenz sehr förmlicher sei.

Nur immer langsam voran, müßte der Wahlspruch unsrer Bureaucratie lauten. Wir teilten vor einiger Zeit mit, daß dem Redakteur Hoffmann von der "Freien Presse" in Elberfeld die Selbstbeschäftigung während einer zweimonatigen Gefängnisstrafe auch vom Regierungspräsidenten verweigert worden sei. Hoffmann hatte da gegen Beschwerde beim preußischen Minister des Inneren erhoben, der ihr auch stattgab — nächstdem Hoffmann seine zwei Monate verbüßt hatte. Der behördliche Apparat hat sich damit wieder im Glanze seiner Langstieligkeit gezeigt.

Der Ausfall der Berliner Gewerbegebietswahlen ist für die Arbeiter nach erträglicher Feststellung folgender: Die freien Gewerkschaften haben 64 Besitzer, die Hirsch-Dunderchen Gewerbevereine drei, die Christlichen zwei und der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband (wie Wiesenthal'sche Sonderorganisation) einen erhalten. Die vom Bunde der technisch-industriellen Beamten aufgestellte Liste V fiel ganz aus. Die Wiesenthal's sind also noch schlimmer als die andren Richtungen abgefallen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Paris wurde zum erstenmal eine Frau gewählt. Die Pariser Gewerbe-

gerichtsbeisitzer erhalten jährlich 1800 Fr. für ihre Tätigkeit. Ein Landfriedensbruchprozeß in Regensburg hat nach mehrjähriger Verhandlung mit 18 Freisprüchen (davon wurden vom Staatsanwalte selbst zwölf beantragt) geendet, 46 Angeklagte (darunter drei weibliche) wurden verurteilt zu Strafen von einer Woche bis zu zehn Jahren.

naten. Auf der Marxhütte in der Oberpfalz, einem großen Eisenwerke mit fast lauter Unorganisierten, kam es zu einem Ausstände, der bald verloren ging durch Streikbruch, sowie zu einem Renkontre mit den Arbeitswilligen, was bei einer schlecht oder unorganisierten Menge ja eine naheliegende Möglichkeit ist.

Der internationale Arbeitsmarkt hat im Oktober einen noch ungünstigeren Gepräge gewonnen. Die Arbeitslosenziffer in Großbritannien, die bereits im September auf 9,4 Proz. stand gegen 4,4 im September 1907, ging im Oktober noch auf 9,5 Proz. hinauf und war damit 4,8 höher als im Vorjahr. Nach Großbritannien ist Belgien zu nennen, wo sich die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr äußerst empfindlich verschärft hat. Es betrug nach der belgischen Statistik die Arbeitslosigkeit im September 5,3 Proz., gegen 1,4 Proz. im September 1907; im Oktober aber stieg sie noch um 0,4 Proz., während die Steigerung im Vorjahr nur 0,1 Proz. betragen hatte. In Frankreich brachte der Monat Oktober eine erheblichere Zunahme der Arbeitslosigkeit als in den andern Ländern; sie ging von 7,2 Proz. im September auf 8,7 Proz. im Oktober oder um 1,5 Proz. hinauf. Verschlechterung zeigt auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten von Amerika. In Deutschland hat sich nach den Mitteilungen des "Reichsarbeitsblatt" keine wesentliche Veränderung gegen den September ergeben. In der Bekleidungsindustrie hat die Saison eine Belebung des Geschäfts gebracht, im Handelsgewerbe macht sich bereits das Weihnachtsgeschäft in vermehrter Tätigkeit bemerkbar, in veränderten Zweigen der Großindustrie nahm anderseits die rückläufige Bewegung ihren Fortgang. Die an das Kaiserlich Statistische Amt berichtenden Krankenkassen meldeten für Oktober eine Zunahme von 9986 Mitgliedern, jedoch lediglich weibliche Personen. Im vorjährigen Oktober betrug die Zunahme bei den Krankenkassen aber 25690 Mitglieder. Bei den Arbeitsnachweisen, die im September mehrfach Aufwärtsbewegung meldeten, trat im Oktober auch an jenen Orten und in jenen Branchen wieder Rückgang ein. Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im Oktober 1908 um 3529971 Mt. niedriger als im Vorjahr. Es bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Mindererstattung von 3,99 Proz. auf den Kilometer. Über die Geschäftslage in den graphischen Branchen weiß das "Reichsarbeitsblatt" für den Oktober zu berichten: In den Buchdruckereien trat zwar endlich eine kleine Besserung ein, die Aufträge waren jedoch nicht ausreichend und erreichten keineswegs den Umfang des Vorjahrs. Im Zusammenhange damit war fast überall ein Überangebot von Arbeitern vorhanden. In Leipzig erhielten von 361 angemeldeten arbeitslosen Sezern 250, von 117 Druckern 85 Beschäftigung. Abzüglich der Übereinstimmten, zum Militär eingezogenen und Erkrankten blieben am Schluß des Monats 123 Sezern und 25 Druckern arbeitslos, gegenüber 67 Sezern und 8 Druckern zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Die Buchbindereien hatten dagegen im Zusammenhange mit der Herbstsaison gut zu tun. Die Arbeitern war jedoch kein Mangel. Die Papierfabrikation zeigte kein einheitliches Bild. So war die Lage in Sachsen und Schlesien nach wie vor unbefriedigend, stellenweise trat allerdings eine gewisse Belebung ein. — Soweit für den November schon ein Überblick möglich, hat in allen von dem Weihnachtsgeschäft beeinflußten Erwerbszweigen eine Abschwächung stattgefunden, der binnen kurzen aber einem um so größeren Rückgang wieder weichen wird.

Arbeitslosenzählungen haben in den letzten Tagen noch in Stuttgart und Magdeburg stattgefunden. Bei diesen von der Stadtverwaltung und den Gewerkschaften gemeinsam vorgenommenen Erhebungen wurden in Stuttgart 968 Personen (darunter 46 weibliche) als arbeitslos und 472 Personen bei verkürzter Arbeitszeit tätig festgestellt. In Magdeburg waren 1200 Arbeiter als Bähler von Haus zu Haus beschäftigt. Die hier ermittelte Arbeitslosenzahl ist beträchtlich größer als in Stuttgart, es wurden nämlich 2796 Beschäftigungslose festgestellt, von denen die Mehrzahl (1417) verheiratet ist, so daß dort im ganzen 7032 Personen direkt unter den Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Es wird in Magdeburg jedoch noch wesentlich mehr Arbeitslose geben, weil die vorgenommene Zählung sich nur auf das Stadtgebiet beschränkte, die um Magdeburg liegenden vielen Dörfern mit starker Arbeitersiedlung also ganz außer Betracht blieben. Es sind inzwischen noch an mehreren Orten derartige Zählungen beschlossen worden.

Wie die Arbeitslosigkeit behördlich nicht bekämpft werden sollte, hat außer den in Nr. 139 bereits mitgeteilten Fällen nun auch die Gefängnisverwaltung in Bittrichshausen (Kreis Lemnitz) gezeigt, die in einem Unternehmertafelblatt der Holzindustrie ankündigte, daß sie 50 und mehr Gefangene „zu vergeben“ habe. Diese Art „Arbeitslosenfürsorge“ sollte doch gerade jetzt unterbleiben.

Der Wahlrechtskampf in Sachsen hat nach monatelanger Erregung einen um der Sache des Volks willensrecht bedauerlichen Ausgang genommen: die konservative Alleinherrschaft ist von neuem errichtet. Das rote Sachsen ist nach dem Ausfalle der Reichstagswahlen von 1903, die 440 000 sozialdemokratische Stimmen ergaben, sogar von der Krone und der Regierung einer Wahlrechtsänderung für dringend bedürftig erachtet worden. Der Fehler von 1896, die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts, falteteingernahen wieder gut gemacht werden. Über das Wie gab es in den fünf Jahren viel Kopfzerbrechen, denn das Reichstagswahlrecht wollte man nicht etwa

Beilage zum Correspondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Ercheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementsspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 5. Dezember 1908.

Anzeigen kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.;
Versammlungsangebote u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 141.

Geschichte aus dem Hauptblatte.
auf Sachsen übertragen, auch nicht das alte Wahlrecht von 1868 zur Wiedereinführung bringen. Die darauf abzielenden freisinnigen und sozialdemokratischen Anträge wurden bei der jetzigen Abstimmung in der zweiten sächsischen Kammer ja auch gegen fünf Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis der heissen Wahldebatten ist nun, daß auch die neue Regierungsvorlage mit 73 gegen 4 Stimmen abgelehnt und ein Eventualantrag mit 40 gegen 37 Stimmen angenommen wurde. Die Eventualvorlage schafft ein Zweiklassen- an Stelle des Dreiklassenparlaments, es gibt Ein- und Vierstimmenvähler. Die Nationalliberalen, die mit den Konservativen in Sachsen rivalisierende Partei, wollte in ein, zwei, drei und vier Stimmen die Wahlrechtsausübung zerteilen, also ein Vierklassenparlament schaffen. Die Konservativen, die trotzdem sich der geheimen Unterführung der Regierung erfreuen, trugen aber den Sieg über die Industriellenpartei davon, und so ist dem in dem hochindustriellen Sachsen agrarisch Trumpf geblieben. Ein gutvoller Zustand, an dem durch das Votum der ersten Kammer über diese Karikatur von Wahlrechtsreform natürlich auch nichts zu ändern sein wird.

Gestorben.

In Binsenau der frühere Buchdruckereibesitzer C. B. Eise, 97 Jahre alt.

In Einsiedeln (Kanton Schwyz) am 24. November der frühere Teilhaber der Firma Benziger & Co., U.-G., Nikolaus Benziger, 78 Jahre alt.

In Überfeld am 26. November der Seher Paul Fülling von dort, 23 Jahre alt.

In Frankfurt a. M. am 26. November der Mitbegründer der Schriftgießerei D. Stempel, U.-G., Peter Scondo.

In Halle a. S. der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Knapp, 68 Jahre alt.

In Leipzig am 28. November der Seher Max Eichler aus Penig, 32 Jahre alt — Bronchitis.

In Magdeburg der Drucker August Schumann, 82 Jahre alt.

In New York die Buchdrucker am 22. August Simon L. Frenzel, 40 Jahre alt; am 15. September Gottfr. Gramlich, 29 Jahre alt.

In Potschappel der Buchdruckereibesitzer August Fürtchegott Stolle, 62 Jahre alt.

Briefkasten.

Trotz aller Hinweise und Bitten nicht an die Expedition, die Geschäftsstellen oder einfach an den „Correspondent“ geschäftliche Aufschriften zu richten, ist es namentlich ein Teil der Abfender von Postanweisungen, der fälliglich vorgenannte Adressen wählt. Finden wir auf die am Schlüsse jeder Nummer angegebenen Adressen für die verschiedenen Einsendungen an den „Corr.“ aufmerksam machen, ersuchen wir zur Vermeidung von Scherereien mit der Post nochmals dringend, Postanweisungen, Insätze, Offerten, Verbandsnachrichten nur an Georg Löblich, Leipzig, Salomonstraße 8, zu adressieren.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 12, I. Trennpreischein VI, 11.191.

Bezirk Bönen. Der Drucker Fritz Lehmann (Hauptbuchnummer 6866) wird aufgefordert, die ihm seinerzeit als Darlehen gemachten 18,50 Mt. umgehend an K. Dannappel, Stubenrauchstraße 4, einzufinden, wodrigfalls Ausschluß erfolgt. — Der Seher Otto Andreas (Hauptbuchnummer 53349) wird nochmals erzählt, seinen Rest einzuschicken, eventuell Ausschluß verantragt wird.

Gießen. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre, welche in der Lage sind Auskunft geben zu können über den Seher Karl Heinrich Haupt, geboren in Hannover, zugestellt in Gießen, werden hierum an U. Holland, Löberstraße 3, II, gebeten.

Adressenveränderungen.

Gelsenkirchen. Vorsitzender: Otto Brendle, Elisabethplatz 1.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Breslau der Schweizerdegen Johannes Döer, geb. in Pößnitz 1889, ausgel. in Ullm 1906; war noch nicht Mitglied. — In Öls der Drucker Joseph Parusel, geb. in Natiobor 1888, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — H. Härtel in Breslau, Friedrichstraße 100a, II.

In Gera die Seher 1. Otto Greiner, geb. in Schleiz 1888, ausgel. 1906; war schon Mitglied; 2. Karl Schmidt, geb. in Überwiederstadt 1879, ausgel. in Hettstädt 1897; war noch nicht Mitglied. — E. Neuber, Adlerstraße.

In Goslar der Drucker Friedr. Blaue, geb. in Uetersleben 1890, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — Ernst Beyens in Hildesheim, Aufselder Straße 84.

In Güttersloh die Seher 1. August Witte, geb. in Güttersloh 1870, ausgel. das. 1889; 2. Heinrich Schüßler, Heinrich, geb. in Güttersloh 1873, ausgel. das. 1889; 3. Heinrich Untenbrink, geb. in Güttersloh 1870, ausgel. das. 1897; 4. Aug. Siekmann, geb. in Güttersloh 1881, ausgel. das. 1899; 5. Friedr. Tissenewert, geb. in Sundern 1882, ausgel. in Güttersloh 1900; 6. Karl Heitmann, geb. in Pavenstädt 1885, ausgel. in Güttersloh 1904; die Drucker 7. Heinr. Gödt, geb. in Güttersloh 1875, ausgel. das. 8. Aug. Witte, geb. in Sundern 1875, ausgel. in Güttersloh. — Otto Mirow in Bielefeld, Johannesstraße 2, II.

In Kassel der Drucker Ernst Fritze, geb. in Schonebeck a. G. 1890, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — K. Engelbach, Wilhelmstraße 44, II.

In Osnabrück die Seher 1. Wilhelm Damholz, geb. in Osnabrück 1887, ausgel. in Uslar 1905; war noch nicht Mitglied; 2. Walter Kiel, geb. in Einbeck 1888, ausgel. das. 1906; 3. Otto Pinnow, geb. in Reinhardswald 1886, ausgel. in Raubien (Bez. Breslau) 1903; waren schon Mitglieder. — Karl Rabes, Johannismauer 22.

In Stettin die 1. Seher Paul Klammer, geb. in Lingen (Kr. Memel) 1885, ausgel. in Prößlitz 1904; 2. Hugo Bertuleit, geb. in Prößlitz 1908; 3. der Drucker Reinhold Kiebert, geb. in Stettin 1889, ausgel. das. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — G. Möller, Deutsche Str. 47, II. III.

In Straßburg Hans Holzer, geb. in Bins a. d. D. 1874, ausgel. 1892; war schon Mitglied. — K. Kunkler, Seelsgasse 3, IV.

In Stuttgart der Seher Karl Wiprecht, geb. in Überbach in Baden 1877, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — Karl Knie, Falbstraße 16, p.

Versammlungskalender.

Auerbach-Ellens-Falkenstein. Versammlung heute Sonnabend, den 6. Dezember, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bergfelsen“ in Ellens.

Beuthen (O.-Schl.). Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Breslau. Versammlung Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Städtischen „Sipoli“, Neuborsigstraße. Burg B. M. Versammlung heute Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Chemnitz“ Restaurant Scharnauer Straße 4.

Düsseldorf. Versammlung (mit der Vergnügungskommission) Montag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.

Überbach. Versammlung Samstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im „Bolzhaus“.

Eßen (Kreis). Stereotypeur, Galvanoplastik und Schriftgießerversammlung Sonntag, den 17. Januar, im Lokal W. Kauffmann, Bitteringstraße. Anträge sind bis zum 2. Januar an den Vorsitzenden einzureichen.

Frankfurt a. M. Außerordentliche Generalversammlung Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Gewerbehofs“.

Gera. Außerordentliche Hauptversammlung Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10½ Uhr, im „Vereinslokal“ „Heinrichsbrücke“.

Greif. Versammlung heute Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Tunnel“.

Hamm. In W. Versammlung Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal Sträter, Friedensplatz.

Jena. Versammlung heute Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerbehof „Zum Löwen“.

Köln. Korrektorenvereinigung versammlung Sonntag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal „Die weiße Rose“.

Kaditzwigsburg. Versammlung heute Samstag, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Felsen“, Leonberger Straße.

Neukirchen (Saar). Versammlung heute Samstag, den 6. Dezember, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Zur Germania“, Langenstraße.

Neuwied. Versammlung Samstag, den 12. Dezember, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal 2. Ries, Heddendorfer Straße.

Sangerhausen. Versammlung heute Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerbehof „Zum Löwen“.

Schweidnitz. Versammlung heute Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, bei Wummetz, Breslauer Straße.

Stuttgart. Maschinenherstellerversammlung Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

— Maschinenmeister-Generalversammlung heute Samstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Restaurant Brot.

— Stereotypeur- und Galvanoplastikversammlung heute Samstag, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr, Restaurant Dogg, Moersstraße 17.

Weimar. Versammlung Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 9½ Uhr, im kleinen Saale des „Volkshauses“.

Wittenberg. Versammlung Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Bunns“.

Telephonstenograph.

welcher auch im Korrespondenten erschien ist, gesucht. Werte Offerten mit näheren Angaben und Gehaltsansprüchen unter Nr. 310 durch die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

I. Akzidenzseher

mit zeichnerischer Durchbildung und gutem, modernem Geschmack gesucht. Gefälliger Angeboten sind die nötigen Unterlagen beizufügen zum Beweise, daß die Herren in größeren Betrieben schon Musterstücke geschaffen haben. Gehalt und Eintrittszeit sind anzugeben. Werte Offerten unter ABC Nr. 285 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Maschinenmeister

der vornehmlich auch an der Windsbraut erfahren und an stetiges, selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, zum 28. Dezember 1908 bzw. 1. Januar 1909 nach Norddeutschland, Nähe Hamburg, gesucht. Stellung ist bei zufriedenstellenden Leistungen gut bezahlt und dauernd. Besetzte wird nur auf eine wirklich tüchtige und erfahrene Kraft. Werte Offerten mit selbstgesetzten Druckmustern, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen (7½ Proz. Zolzabzug auf Dr.) unter Nr. 300 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Stereotypeur

für Akzidenz- und Katastrosch u. d. im Ein- gießen von Altholz gesetztes Gesetz hat, sofort gesucht. G. Gundlach, A.-G., Bielefeld. [311]

Verein Berliner Korrektoren.

Vorsitzender: Chr. Voigt, Berlin S 59, Graefestraße 72 v. IV. Kassierer: Alwin Seumer, S 10, Alter Jakobstraße 71.

Vorsitzender der Zentralkommission: Georg Müller, S 14, Alter Jakobstraße 71.

Nächste Versammlung: Vereinshaus, Alexanderstraße 44. Tagessordnung: 1. Vorlesungen; 2. Vortrag des Kollegen George Schmidt; Grammatik: „Gesetzliche Fragen II“; mir oder mich; 3. Verschiedenes. Um recht zügig und pünktlich Besuch bitten. Der Vorsitzende.

Stellung der Zentralkommission um 4 Uhr. [304]

1. Auflage vergriffen! Im Verlage von A. & W. Dick Nachf., Stuttgart

ist erschienen: 2. Auflage im Druck! im Druck!

Im Strom der Zeit. — Gedichte von Ernst Prezzang.

Allen Freunden des schönen Buches unsers Verbandskollegen Ernst Prezzang zur Nachricht, daß in diesen Tagen die erste Auflage vollständig vergriffen sein wird. Eine neue Auflage ist schon im Druck und wird in den ersten Tagen des Dezember zum Verkauf kommen. Werte Bestellungen wolle man mir weiter zulommen lassen und, soweit der Vorrat der ersten Auflage reicht, werden diese sofort effektuert. Sollte dann eine Pause eintreten, so wolle man auf obige erfreuliche Tatsache Rücksicht nehmen.

Herrn. Ludwig Schmidt, Berlin N 58, Sonnenburger Straße 6. [291]

Tüchtig in der Buchführung zu werden, ist der Wunsch manches Buchführers sehr Gelegenheit und bei einigermaßen gutem Willen, daß der Zweck auch wirklich erreicht wird. Die Buchführung eignet sich vorzüglich als Weihnachtsgeschenk! Preis für 3 Teile 25 Mk. — Prospekte über den Fernkursus bitte zu verlangen.

Verlag von Julius Mäser in Leipzig-Reudnitz.

Sichere Existenz.

Für meine seit Jahren stetig, mittlere tarif. Buch- und Kunstdr. Leipzigs suche ich einen außerordentlich tüchtigen Maschinenmeister oder Schweizerdegen als Teilhaber mit 8-10 000 Mt. Werte Offerten an G. Böhler, Leipzig, B. Kirchstraße 90, III. [287]

Junger, tüchtiger Maschinenmeister

mit Schnell- u. Tiefdruckpresse vertraut, wünscht sich, auf gute Zeugnisse gestützt, nach Dresden zu verhindern. Werte Angebote unter W. D. 1889 nach Groitzsch i. S. postlagernd erbeten. [305]

Glas-Christbaumschmuck

Sort. I enthält über 320 Stück hochmoderne, tadellose diesjährige Neuhelten, wie: Goldäpfel, wunderschöne Rose mit Laub u. Stiel, hochfeine Überzuckungen, Sachen, gr. Papagali auch kl. Glocken, Trompeten usw. Sort. II: 120 Stück große Sachen zum selben Preise von 5 Mk. Sort. III in nur weisser Silberausführung 5 Mk. Jedes Sort. fliegt zur Beleuchtung des Baumes gratis. Tulle.

Ampel und Traube, außerdem noch Pudelhund mit Goldkette und Fruchtkorb. Für Händler Extrasorten von 8 Mk. an und höher. [188]

Max Neumann, Lauscha (S. M.) No. 63.

Uhren auf Teilzahlung



Hunderttausende
Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Strasse 3.

Musikwaren und Sprechmaschinen auf Teilzahlung



Hunderttausende
Kunden.
Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Strasse 3.

Photographische Apparate auf Teilzahlung



Hunderttausende
Kunden.
Tausende beglaub. Anerkennung.
Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Strasse 3.

Goldwaren und Geschenkartikel auf Teilzahlung



Hunderttausende
Kunden.
Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Strasse 3.

Billig und schnell erhalten Arbeitsuchende Stellung

wenn sie auf den Montags und Donnerstags nachmittags 3 Uhr, bereits fünf Stunden nach Ablage der Anzeigen, erscheinenden „Graphischen Arbeitsmarkt“ abonnieren, der durch alle Postämter des Deutschen Reichs zum Preis von 9 Pf. pro Monat zu beziehen ist.

„Buchdrucker-Woche“
Berlin SW. 68, Zimmerstraße 6.

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden mit Stellung nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle
Leipzig-R., Spiegelstraße 13-17.

Man bestelle schon jetzt das schönste Weihnachtsgeschenk für Damen:



Die Originalbröse mit Buchdruckerwappen, in elegantem Etui, 8 Mk. Porto 10 Pf. Bisheriger Absatz: über 6000 Stück.

Graphische Verlagsanstalt
P. Goldschmidt, Halle a. S.
Königstr. 58 (nur 10 Min. vom Hauptbahnhof).

Glas-Christbaumschmuck usw.

Versende in feinster Ausführung, sehr solid verpackt, wirk. prachtvolle, anerkannt bessere Sachen in Kisten. Sortiment I à 4,70 Mk. franco, etwa 270 Stück, als: echt versilberte, wunderschön gemalte Kugeln, farbenprächtige Rosette, Eier, Glöckchen, versch. Vögel, alle Arten ff. lackierte sowie mit Tau belegte Äpfel, Birnen, Trauben, herrliche umspun. Sachen: Luftballon, Gondel, Blumenkorb, Eis- u. Tannenzapfen, Halter, Weihnachtsmann, Christkind, ff. großer Engel, hohe Baumspitze und verschiedenes mehr. Sortiment II, zum selben Preis, etwa 170 Stück, nur größere Sachen, mit noch Engelshaaren. Auf Wunsch werden Sortimente auch zum Teilen eingerichtet, selbst auch in nur weißer Silberausführung hergestellt. Gratisabgabe: 1 Dutzend ff. Paradiesobst. Vereine und Händler Extrasortimente schon von 6 bis 10 Mk. und höher, billigst berechnet. Zahlreiche u. langjähr. Nachbestellungen dürfen jedem das volle Vertrauen zu dieser sehr günstigen Oferthe geben.

Ernst Schellhorn, Glaswarenfabrik,
Lauscha (S.-Mein.) No. 112.

Brockhaus' Altes Konversations-Lexikon, Ausgabe 1905, sowie alle anderen Werke sofort gegen bequeme monatliche Teilzahlung.
H. Wöhrel, Dresden-R., Eschenstraße 7.

Preise für Kollegen als Werbeträger geschrif.

Verleger: G. Döblin in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig. — Druck von Nadelli & Hille in Leipzig.

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223

224

225

226

227

228

229

230

231

232

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

296

297

298

299

300

301

302

303

304

305

306

307

308

309

310

311

312

313

314

315

316

317

318

319

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

346

347

348

349

350

351

352

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

366

367

368

369

370

371

372

373

374

375

376

377

378

379

380

381

382

383

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

405

406

407

408

409

410

411

412

413

414

415

416

417

418

419

420

421

422

423

424